



Protokoll

Schulbeirat | Sitzung

20. Juli 2022, 16:45 bis 19 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Erika Schäfer

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 19

Abwesende Mitglieder: 6

- ÖFFENTLICHER TEIL -

Der Vorsitzende entschuldigt:

- **Frau Stadträtin Sardarabady** (GRÜNE), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat Wenzel** (FW/FÜR), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat D. Müller** (CDU), ohne Vertretung
- **Herrn Dr. Jakob** (Vertretung der Arbeitgeber*innen der an der Berufserziehung von Schüler*innen Mitbeteiligten), ohne Vertretung
- **Frau Grumann** (Vertretung der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen), ohne Vertretung
- **Frau Blume** (Vertretung der Arbeitnehmer*innen der an der Berufserziehung von Schüler*innen Mitbeteiligten), Vertretung: *Frau Stephan*
- **Herrn Grittner** (Vertretung der Katholischen Kirche), Vertretung: *Herr Späth*
- **Frau Kratzmeier-Fürst** (Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinb. Schulen), Vertretung: *Frau Thiel*
- **Herrn Höll** (Vertretung der Schüler*innen der allgemeinb. Schulen), Vertretung: *Herr Schadt*

TOP 1 **Vorstellung Arbeitskreis der Karlsruher Schülervertretungen (AKS)** - mündlicher Bericht –

Entfällt aufgrund kurzfristiger Erkrankung des Referenten.

TOP 2 **Kostenlose Damenhygieneartikel in Schulen bereitstellen** - Vorlage -

Frau Beer (Schul- und Sportamt) informiert über das ab dem Schuljahr 2022/23 am Lessing-Gymnasium vorgesehene Pilotprojekt. Als niederschwelliges Angebot werden in allen Damen- und Mädchen-WC-Kabinen der Schule kostenlose Damenhygieneartikel ausgelegt.

Eine Evaluierung des Projekts als Entscheidungshilfe für die Ausweitung des Angebots auf weitere Schulen sei vorgesehen.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) und **Frau Stadträtin Uysal** (SPD) begrüßen das Projekt und wünschen gleichzeitig die zusätzliche Ausweitung des Pilotprojekts auch an einer Schulart mit jüngeren Mädchen, da gerade diese Gruppe noch weniger gut organisiert sei und daher öfter in Notsituationen geriete.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) erwähnt den Start eines ähnlichen Projekts in Stuttgart. Dort sei eine Automatenlösung vorgesehen.

Auch **Herr Stadtrat Cramer** (KAL/Die Partei) plädiert bei einem weiteren Ausbau des Projekts für Automatenlösungen.

Der Vorsitzende sagt die Aufnahme einer zweiten Schule in das Pilotprojekt zu.

Ergebnis:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 3 IT-moderne Schule: Ausbau des technischen Supports für die pädagogische IT-Umgebung in Karlsruher Schulen
- Vorlage –

Der Vorsitzende begrüßt **Herrn Hamsch** (Leiter Stadtmedienzentrum Karlsruhe) und **Herrn Bechtold** (Amt für Informationstechnik und Digitalisierung).

Herr Karle (Schul- und Sportamt) informiert, dass im vierten Jahr der Umsetzung des „Konzepts zur Umsetzung der Digitalisierung an Karlsruher Schulen“ 75 Prozent aller Schulen an Glasfaser angebunden seien 90 Prozent über eine laufende Infrastruktur inklusive WLAN verfügten, 80 Prozent aller Unterrichtsräume mit digitalen Präsentationsgeräten ausgestattet seien und die Endgeräteabdeckung der Schüler*innen bei 63 Prozent mit steigender Tendenz zu einer 1:1-Ausstattung läge. Die Technische Support-Einheit für Karlsruher Schulen (TeSKA) sei beim Stadtmedienzentrum Karlsruhe (SMZ) angesiedelt. Aktuell übernahmen dort vier Personen den technischen Zu den künftigen Aufgaben gehöre auch die Wartung. Daher sei ein Ausbau der TeSKA vorgesehen. Eine Arbeitsgruppe habe alle anfallenden Supportzeiten für sämtliche öffentlichen Karlsruher Schulen (inklusive der beruflichen Schulen) erhoben. Bei dieser Erhebung seien Zeiten des Personals der TeSKA, weiterer Mitarbeiter*innen beim SMZ, geleistete Dienste externer Firmen und der Lehrkräfte an Schulen berücksichtigt worden. Auf Vollzeitstellen umgerechnet ergebe sich für die Gewährleistung eines umfassenden Supports aller öffentlichen Karlsruher Schulen ein Bedarf von 24 Vollzeitstellen. Von diesen 24 Stellen seien bereits vier durch das bei TeSKA eingesetzte Personal besetzt. In einem nächsten Schritt sollen weitere acht Vollzeitstellen bei TeSKA geschaffen werden. Die Finanzierung dieser Stellen sei in diesem Jahr durch das Administratorenprogramm abgedeckt. Eine zukünftige Finanzierung durch das Land sei vorgesehen. Dazu fänden derzeit Abstimmungsgespräche zwischen Kommunalverbänden, Kultusministerium und Finanzministerium statt.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) sieht Karlsruhe auf einem zielführenden Kurs, schätzt eine weitere Finanzierung durch das Land als realistisch ein und erkundigt sich, inwieweit es Überlegungen gebe, eigenen Nachwuchs aufzubauen, um auf diesem Wege einem möglichen Fachkräftemangel vorzubauen.

Frau Stadträtin Uysal (SPD) möchte wissen, wie die Finanzierung ab 2024 aussehe, wenn das Land seine Finanzierung wider Erwarten nicht fortsetze und welche konkreten Beträge für die acht zusätzlichen Stellen im Jahr 2022/23 auf die Stadt zukämen.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) sieht die Finanzierungspflicht in erster Linie beim Land. Diese solle auch weiterhin eingefordert werden.

Auch **Herr Stadtrat Schnell** (AfD) sieht die Notwendigkeit der Finanzierung durch das Land. Unproblematisch erscheint es ihm, die erforderlichen Fachkräfte zu finden.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) wundert sich über die ihr verhältnismäßig niedrig erscheinenden Beträge.

Herr Karle informiert, dass der technische Support von ausgebildeten Systemelektroniker*innen durchgeführt werde. Der Leiter der TeSKA habe einen Ausbilderschein und erfülle somit die Voraussetzung, eigenen Nachwuchs auszubilden. Für das Schuljahr 2021/22 sei die Finanzierung über das Administratorenprogramm vollständig gesichert. Man gehe davon aus, dass das Land eine Finanzierung auch darüber hinaus fortsetzen werde. Die in der Vorlage genannten Beträge bezögen sich auf insgesamt 12 Stellen. Vier davon seien die schon besetzten Stellen und daher im aktuellen Haushalt bereits budgetiert. Acht weitere Stellen würden neu hinzukommen.

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) ist zuversichtlich, dass das Land die Weiterfinanzierung ab dem Jahr 2023 fortsetze. Die Stadt Karlsruhe stehe über den Städtetag mit dem Kultus- und dem Finanzministerium in intensiven inhaltlichen Diskussionen über anfallende Kosten und deren Finanzierung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien noch nicht alle Details abschließend geklärt.

Ergebnis:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, Kenntnis von den weiteren Umsetzungsschritten des Konzepts IT-Moderne Schule zu nehmen und in einem weiteren Schritt die Erweiterung der TeSKA um acht VZW-Stellen zu beschließen. Die benötigten Mittel für 2022 und 2023 werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Ab 2024 steht die weitere Umsetzung des Projektes zunächst unter Finanzierungsvorbehalt, insbesondere in Abhängigkeit von weiteren Fördermöglichkeiten.

TOP 4 Schulische Inklusion aktiv fördern und voranbringen - Stellungnahme zum Antrag -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Wernert** (Behindertenbeauftragte der Stadt Karlsruhe).

Frau Wagner erläutert, es sei Ziel der Stadt Karlsruhe, jedem Kind mit einem sonderpädagogischen Anspruch ein passendes Angebot zu ermöglichen. Dabei stehe der Elternwunsch

grundsätzlich im Zentrum. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre sei die Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen an Grundschulen, weiterführenden Schulen und der Nachmittagsbetreuung gestiegen. Gleichzeitig sei die Zahl der Schüler*innen an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) insbesondere mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ gesunken, was zum Auslaufen der Kimmelmansschule SBBZ mit Ende des Schuljahres 2018/19 führte. In der nächsten Zeit seien weitere Veränderungen in der Karlsruher Schullandschaft vorgesehen. Der größte Anteil inklusiv beschulter Schüler*innen entfalle auf den Förderschwerpunkt „Lernen“ (48,9 Prozent) und geistige Entwicklung (21,3 Prozent). Die Aufgaben des Schul- und Sportamts bestehen darin, die strukturellen Rahmenbedingungen zur schulischen Inklusion (barrierefreie Schulsanierung, bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen, Schülerbeförderung, Nachmittagsbetreuung) zu schaffen. Darüber hinaus nehme die Stadt als Schulträgerin an den Bildungswegekonferenzen teil, um den Wunsch nach einer inklusiven Beschulung hinsichtlich der kommunalen Aufgaben bestmöglich umzusetzen. Das Schul- und Sportamt engagiere sich außerdem bei der Gestaltung der Prozesse an bildungsbiographischen Übergängen im Rahmen der Formate „Runder Tisch Inklusion Kita und Schule“ und des „Elternforums Inklusion“. In den Aufgabenbereich des Landes/Kultusministeriums falle die Durchführung und die Qualität zielgruppendifferenzierten Unterrichts für Schüler*innen mit Anspruch auf sonderpädagogischen Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen, die Weiterentwicklung eines Handlungskonzepts für den Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung sowie die Ausstattung der Schulen mit qualifizierten Lehrkräften, die einen qualitativ hochwertigen Unterricht realisieren. Hinsichtlich der Inklusionsquote an den öffentlichen Schulen weise beispielsweise die Stadt Mannheim (34,1 Prozent) einen höheren Anteil als die Stadt Karlsruhe (24,5 Prozent) auf. Bei der Stadt Mannheim gebe es eine zentrale Stelle für schulische Inklusion, die alle inklusionsbezogenen Aufgaben koordiniere. In Karlsruhe seien diese Aufgaben auf mehrere Personen verteilt. Die Notwendigkeit einer Koordinationsstelle werde für Karlsruhe nicht gesehen. Am Samstag, den 19. November 2022 finde in der Marylandschule das 13. Elternforum Inklusion statt. Das Konzept für diese Veranstaltung wurde von Staatlichem Schulamt, Sozial- und Jugendbehörde, EFI Eltern und Freunde für Inklusion e. V. Karlsruhe und Schul- und Sportamt gemeinsam überarbeitet, abgestimmt und weiterentwickelt.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) stellt die Verbesserung der Situation für Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Anspruch in inklusiven Settings in Frage, solange die Ausstattung mit entsprechend qualifizierten Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen nicht der Ausstattung an SBBZ entspreche.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) sieht Handlungsbedarf im Bereich Inklusion, da die Quote seit 2018 kontinuierlich zurückgegangen sei. Er wünscht eine Aufstellung der kommunalen und staatlichen Aufgaben in Handlungsfelds Inklusion, um im kommunalen Einflussbereich zielführende Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) ist nicht zufrieden mit der stagnierenden Inklusionsquote in Karlsruhe. Eltern begründen diese mit in Richtung SBBZ gelenkten Beratungsgesprächen und der besseren personellen Ressourcenausstattung an SBBZs. Die Zusammenführung und Bündelung der komplexen Abstimmungsprozesse zwischen beteiligten Ämtern und Akteuren bei einer Koordinationsstelle betrachtet sie als Erleichterung für Eltern. Eine Stärkung des Inklusionsgedankens könnte möglicherweise auch durch Veröffentlichung von Beispielen gelungener inklusiver Beschulung erreicht werden. Eltern, die sich für eine inklusive Beschulung für ihr Kind entscheiden, müssten in der allgemeinbildenden Schule eine mit der an einem SBBZ vergleichbare

Qualität der Förderung bekommen. Die Möglichkeit einer wohnortnahen Umsetzung der inklusiven Beschulung müsse schrittweise weiter ausgebaut werden. Positiv bewertet sie, dass das Elternforum Inklusion bereits im November und nicht erst kurz vor der Schulanmeldung im Frühjahr stattfindet.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) sieht die Entwicklung auf einem richtigen Weg.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) ist der Meinung, dass das Beratungsgespräch ergebnisoffen erfolgen solle und sämtliche Informationen und Optionen mit Vor- und Nachteilen offen kommuniziert werden müssten, um falsche Erwartungen und spätere Ernüchterung zu vermeiden.

Der Vorsitzende merkt an, dass sich Staatliches Schulamt, EFI, weitere am Thema beteiligte Akteure und kommunale Ämter in den zurückliegenden Jahren kräftig engagiert hätten, um die Inklusion weiter auszubauen. Die „letzte Entscheidung“ läge jedoch bei den Eltern.

Frau Rosenberg (Staatliches Schulamt Karlsruhe) informiert, dass die Zuweisung der Lehrerwochenstunden auf Grundlage des Organisationserlasses erfolge. Diese Zuweisungen seien für allgemeinbildende Schulen, an denen Kinder inklusiv beschult werden und SBBZ unterschiedlich.

Frau Wernert berichtet, dass auch Kolleg*innen anderer Städte sich mit der Frage beschäftigen, wie man das Thema Inklusion noch besser platzieren könne. Dabei sei auch das Karlsruher Elternforum Inklusion thematisiert worden. Wichtig sei, die Eltern transparent und niederschwellig mit den erforderlichen Informationen auszustatten.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) plädiert für die Umsetzung der inklusiven Beschulung im Schulbezirk des Kindes, damit es im sozialen Umfeld verbleiben könne.

Frau Beer erläutert, dass bei der Auswahl eines Standorts für eine inklusive Beschulung unter anderem Kriterien wie Barrierefreiheit und die für eine zieldifferente Unterrichtung zur Verfügung stehenden Lehrkräfte eine Rolle spielen. Diese ständen nicht an jedem Standort gleichermaßen zur Verfügung.

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) merkt an, dass Eltern nach dem Gesetz zwischen einem Bildungsangebot an einem SBBZ und einem inklusiven Bildungsangebot an einer allgemeinbildenden Schule wählen können. Das Wahlrecht beziehe sich nicht auf die Entscheidung für einen konkreten Schulstandort. Die verschiedenen Behinderungen würden sehr unterschiedliche Anforderungen an Barrierefreiheit stellen. Auch wenn bei der Grundsanierung einer Schule grundsätzlich Barrierefreiheit hergestellt werde, könne derzeit noch nicht an jedem Standort jedes inklusive Beschulungsangebot umgesetzt werden. Im Rahmen der Bildungswegekonferenzen verständigen sich Staatliches Schulamt und Eltern auf einen Standort, der den Wünschen aller Beteiligten so weit wie möglich entgegen käme. Dabei würden auch gruppenbezogene Lösungen angestrebt.

Beschluss:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat, die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

- TOP 5** **Antrag auf Neueinrichtung einer Bezirksfachklasse für den Ausbildungsgang „Fachinformatiker*in mit der Fachrichtung digitale Vernetzung“ am Standort Heinrich-Hertz-Schule Karlsruhe zum Schuljahr 2022/23**
- Vorlage –

Der Vorsitzende begrüßt **Herrn Hörner** (Schulleiter Heinrich-Hertz-Schule).

Ohne Aussprache ergeht folgender **Beschluss**:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Beantragung der Neueinrichtung einer Bezirksfachklasse für den Ausbildungsgang „Fachinformatiker*in mit der Fachrichtung digitale Vernetzung“ am Standort Heinrich-Hertz-Schule Karlsruhe zum Schuljahr 2022/23 zu beschließen.

- TOP 6** **Antrag auf Neueinrichtung einer Bezirksfachklasse für den Ausbildungsgang „Fachinformatiker*in mit der Fachrichtung Daten- und Prozessanalyse“ am Standort Heinrich-Hertz-Schule Karlsruhe zum Schuljahr 2022/23**
- Vorlage –

Ohne Aussprache ergeht folgender **Beschluss**:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Beantragung der Neueinrichtung einer Bezirksfachklasse für den Ausbildungsgang „Fachinformatiker*in mit der Fachrichtung Daten- und Prozessanalyse“ am Standort Heinrich-Hertz-Schule Karlsruhe zum Schuljahr 2022/23 zu beschließen.

- TOP 7** **Mülltrennung an Schulen – Sortierqualität verbessern: Sachstandsbericht**
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Römbke** (Amt für Abfallwirtschaft) und **Frau Kropp** (Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft).

Frau Beer informiert, dass Mülltrennung grundsätzlich an allen Schulen stattfindet. Das bisher noch fehlende einheitliche Konzept werde aktuell von einer Arbeitsgruppe (Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, Amt für Abfallwirtschaft, Schul- und Sportamt) erstellt. Darin würden Aspekte wie beispielsweise die Ergänzung der Ausstattung, die Sicherstellung der korrekten Aufnahme und entsprechende Kommunikation der Beteiligten für alle öffentlichen Schulen in Karlsruhe einheitlich geregelt. Das Konzept werde im Laufe des Schuljahres 2022/23 umgesetzt.

Für **Frau Stadträtin Großmann** (GRÜNE) ist es wichtig, dass den Schulen kein Konzept übergestülpt werde und Schulen, Schüler*innen und Reinigungskräfte in die Konzeptentwicklung eingebunden werden.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) **Frau Stadträtin Uysal** (SPD) wundern sich, dass die Entwicklung eines einheitlichen Konzepts noch nicht abgeschlossen ist und wünschen eine schnelle und pragmatische Umsetzung.

Frau Stadträtin Uysal (SPD) regt an, sich nach Konzepten in Nachbargemeinden zu erkundigen, die dann gegebenenfalls zur Orientierung herangezogen werden könnten.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) hinterfragt, ob ein für alle öffentlichen Karlsruher Schulen einheitliches Konzept und eine zentrale Steuerung überhaupt notwendig sei.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) möchte wissen, ob es good-practise Schulen für eine funktionierende Mülltrennung und Erfahrungswerte zum Umfang des anfallenden Mülls gebe. Ein einheitliches Konzept für alle Karlsruher Schulen findet sie wichtig.

Frau Beer informiert, dass keine konkreten Zahlen zum Umfang des Mülls an den Schulen vorlägen. Getrennt würde aktuell nach Restmüll, Papier, Wertstoff und Bioabfall. Da Bioabfall nur in sehr geringem Umfang anfalle, sei angedacht, diesen zentral auf dem Pausenhof zu sammeln.

Auch **Frau Römbke** liegen keine konkreten Zahlen zum Umfang des Mülls an Schulen vor. Das Amt für Abfallwirtschaft unterstütze Schulen beispielsweise durch das Angebot von Informationsveranstaltungen in Schulen und Führungen. Dabei werde immer auch Müllvermeidung thematisiert.

Frau Krämer (geschäftsführende Schulleiterin) informiert, an der Schule am Turmberg SBBZ gebe es zwei Papiermüll-, zwei Wertstoff- und einen Restmüllcontainer sowie eine kleine Biotonne. Diese seien nicht immer alle voll. Alle Klassenzimmer seien mit Mülltrennbehältern und den entsprechenden Aufklebern ausgestattet, und auch die Reinigungskräfte seien zwischenzeitlich über die vorgesehene Abwicklung informiert. Auch von den Lehrkräften würden die im Lehrplan verankerten Themen Mülltrennung und Müllvermeidung regelmäßig im Unterricht aufgegriffen.

Frau Stephan (Arbeitnehmer*innen der an der Berufserziehung von Schüler*innen Mitbeteiligten) bestätigt, dass auch an ihrer Grundschule die Kinder in der Regel das Pausenbrot in Mehrwegverpackungen mitbringen und an der Schule daher nur sehr wenig Müll anfalle.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) berichtet aus seiner alltäglichen Erfahrung. Die Umsetzung von Mülltrennung an Schulen sei alles andere als trivial und werde sicher kein schneller Erfolg. Auch bei Vorliegen eines durchdachten Konzepts und bester Ausstattung, erfordere die Umsetzung der Mülltrennung kontinuierliche Überzeugungsarbeit bei den Schüler*innen, die nicht zu unterschätzen sei.

Frau Kropp informiert, dass die Konzepterarbeitung kurz vor dem Abschluss stand als sie durch den langfristigen krankheitsbedingten Ausfall der federführenden Person vorübergehend zum Erliegen kam. Die Ausstattung der Schulen mit den erforderlichen Müllbehältern sei zwischenzeitlich abgeschlossen, und auch die Reinigungskräfte seien bereits weitgehend über die vorgesehenen Abläufe unterrichtet.

Herr Frisch weist nachdrücklich darauf hin, dass das Schul- und Sportamt in den beiden zurückliegenden Jahren pandemiebedingt eine Vielzahl von zusätzlichen, komplexen, zeit- und ressourcenintensiven Aufgaben zu bewältigen hatte. Darunter beispielsweise die Ausstattung aller 140 öffentlichen und privaten Schulen mit Schnelltests, die Organisation der Notbetreuung an Schulen, die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen des Krisenstabs, wöchentliche

Videokonferenzen mit dem Städtetag, regelmäßige Videokonferenzen mit den geschäftsführenden Schulleitungen, regelmäßige Kommunikation und kontinuierliche Information der Schulen sowie zahlreiche weitere zusätzliche Aufgaben. Gleichzeitig seien länger als ein Jahr andauernde Personalausfälle in leitenden Funktionen zu kompensieren gewesen. Das Thema „Mülltrennung an Schulen“ sei nicht ohne Grund zur Seite gelegt worden. Man sei gezwungen gewesen, die Aufgaben nach Dringlichkeit und Wichtigkeit zu priorisieren und einzelne Themen zurückzustellen. Wichtigstes Ziel dabei sei gewesen, Schüler*innen und Schulen gut durch die Pandemie zu bringen. Ein einheitliches Konzept für alle Schulen sei erforderlich, weil Hausmeister*innen, Reinigungskräfte und Springerkräfte zum Teil an mehreren Schulen im Einsatz seien.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) merkt an, dass im Zusammenhang mit der Mülltrennung auch die Müllvermeidung thematisiert werden solle.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

Um 18:17 Uhr beendet **der Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung.
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, 2. August 2022